



INFORMATION ZUM DATENSCHUTZ

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns wichtig. Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck das Sozialamt Daten erhebt, speichert oder weiterleitet. Der Information können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie in puncto Datenschutz haben.

1. VERANTWORTLICHKEIT FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist:

Landkreis Oder-Spree
Sozialamt
Liebknechtstraße 21/22
15848 Beeskow

Sie erreichen die zuständige Datenschutzbeauftragte unter:

Landkreis Oder-Spree
Datenschutzbeauftragte
Breitscheidstr. 7
15848 Beeskow

2. ZWECK UND RECHTSGRUNDLAGEN DER DATENVERARBEITUNG

Das Sozialamt verarbeitet Daten zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung nach den Vorgaben des Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) sowie des Landespflegegeldgesetzes (LPfIGG) und des Wohngeldgesetzes (WoGG). Das Sozialamt ist nach Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zur wirtschaftlichen Erbringung von Geld- und/oder Sachleistungen verpflichtet. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch zur Durchführung von Erstattungsansprüchen anderer Leistungsträger oder anderer Stellen oder der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch verarbeitet. Dasselbe gilt für die Ausstellung von Bescheinigungen. Im Rahmen der Gesetze und Verordnungen werden Daten u. a. auch zu Statistikzwecken verarbeitet.

Die Datenverarbeitung durch das Sozialamt stützt sich insbesondere auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) und e) DSGVO i. V. m. §§ 67 ff SGB X, SGB XII, LPfIGG, WoGG sowie auf spezialgesetzliche Regelungen. Darüber hinaus ist gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) DSGVO eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.

3. ZWECK UND RECHTSGRUNDLAGEN DER DATENVERARBEITUNG

Ihre Daten erheben wir in erster Linie bei Ihnen selbst. Ihre Angaben im Zusammenhang mit der Beantragung von Leistungen nach dem SGB XII, dem LPfIGG und dem WoGG sind mit entsprechenden Nachweisen zu belegen.

Sofern Personen die im Rahmen der o. g. Anspruchsgrundlagen für die Leistungsberechnung zu berücksichtigen sind nicht oder nicht vollständig an der Aufklärung des Sachverhalts mitwirken bzw. ein Verdacht auf Leistungsmissbrauch besteht, kann das Sozialamt auch Auskünfte einholen bzw. Daten erheben:

- bei anderen Stellen, wenn zwischen diesen und den Personen Rechtsverhältnisse bestehen (z. B. Vermieter, (ehemalige) Arbeitgeber, Banken und Kreditinstitute)
- bei anderen Personen, gegen die möglicherweise Rechtsansprüche bestehen (z. B. unterhaltsverpflichtete Eltern oder [frühere/getrenntlebende] Ehepartner)
- bei anderen Sozialleistungsträgern (z. B. Agentur für Arbeit, Familienkasse, Unterhaltsvorschussstelle, Ämter für Ausbildungsförderung)
- beim Finanzamt zu Einkommens- und Vermögensverhältnissen.



4. EMPFÄNGER IHRER DATEN

Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nur dann an Dritte, wenn dies gesetzlich vorgeschrieben und somit erlaubt ist oder Sie eingewilligt haben.

Entsprechende Vorgaben / Regelungen hierzu finden sich insbesondere in den Kapiteln 14 und 15 des SGB XII, sowie in Teil 5 und 6 des WoGG. Die für die Durchführung der Aufgaben der Sozialhilfe erhobenen erforderlichen Daten werden in anonymisierter Form (d. h. ohne Namen und Anschrift) an die statistischen Ämter des Bundes und des Landes übermittelt und dürfen von diesen verarbeitet und genutzt werden.

Zum Zweck der gesetzlichen Aufgabenerledigung können Daten durch das Sozialamt auch an andere Dritte übermittelt werden wie beispielsweise:

andere Sozialleistungsträger (z. B. Deutsche Rentenversicherung, Krankenversicherung), Maßnahmeträger, Ärzte, Finanzämter, Zollbehörden Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr (z. B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz), Gerichte, andere Dritte wie z.B. kommunale Ämter, Kfz-Zulassungsstelle, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Vermieter (wenn an diesen direkt gezahlt wird), Energieversorger (wenn an diesen direkt gezahlt wird), Schuldnerberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Suchtberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), psychosoziale Betreuung (nur mit Einwilligung des Betroffenen).

5. SPEICHERUNG IHRER DATEN

Wir bewahren Ihre personenbezogenen Daten nur solange auf, wie dies für die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen erforderlich ist.

6. IHRE RECHTE

Sie haben das Recht, über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten Auskunft zu erhalten. Auch können Sie die Berichtigung aus Ihrer Sicht unrichtiger Daten verlangen.

Darüber hinaus steht Ihnen unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf Löschung von Daten, das Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit zu.

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt auf Basis von gesetzlichen Regelungen. Nur in Ausnahmefällen benötigen wir Ihr Einverständnis. In diesen Fällen haben Sie das Recht, die Einwilligung für die zukünftige Verarbeitung zu widerrufen.

Sie haben ferner das Recht, die zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu informieren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.

Die Anschrift der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz
und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow